

## *Pressefreiheit in Lateinamerika – Eine Bilanz mit Licht und Schatten*

-----

*Nach wie vor ist die Pressefreiheit in Lateinamerika – versteht man unter dem Begriff mehr als nur den Verzicht auf staatliche Zensurmaßnahmen – nicht konsolidiert: Auch das Jahr 1997 verzeichnete wieder zahlreiche Morde an Journalisten, physische Gewalt gegen Medienmitarbeiter, Drohungen, Einschüchterungen und Versuche, Gesetze zuungunsten der Pressefreiheit zu verändern oder auszulegen. Gleichzeitig droht einem pluralistischen Informationsangebot Gefahr von der galoppierenden Konzentration mit einer Tendenz zu großen Medienkonglomeraten, die kleineren unabhängigen Anbietern im Wettbewerb kaum noch Spielraum lassen. Ordnungspolitische Maßnahmen der Staaten lassen auf sich warten.*

-----

In ihrer Jahresbilanz 1997 zur Situation der Pressefreiheit in der ganzen Welt kommt die angesehene nordamerikanische Organisation *Freedom House* in einer Analyse von Leonard R. Sussman zu dem Ergebnis, daß in Lateinamerika und der Karibik 52 Prozent der Länder über Pressefreiheit verfügen, 45 Prozent nur teilweise und drei Prozent gar nicht. In Ländern ausgedrückt finden sich siebzehn Staaten in der ersten, fünfzehn in der zweiten und ein Land, Kuba, in der dritten Kategorie.

In einer Punkteskala wurden dabei die Pressefreiheit einschränkende Gesetze ebenso berücksichtigt wie politischer Druck und Kontrolle gegenüber den Medien, ökonomische Einflußversuche auf Medieninhalte und Repressionen gegenüber Journalisten: Morde, sonstige Gewalt, Bedrohungen, Ausweisungen, Verhaftungen und ähnliches mehr. Am besten schneiden für Lateinamerika und die Karibik die Inselstaaten Bahamas, Jamaika und St. Lucia ab, von den Flächenstaaten finden sich Belize, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Panama und Uruguay in der Gruppe der Länder mit einer freien Presse (1-30 Punkte). Argentinien (31 Punkte) und Ecuador (32 Punkte) verpassen nur ganz knapp den Sprung in diese Kategorie, während Kolumbien mit 55 Punkten in der Gefahr steht, in dieser Bewertungsskala aus der zweiten Gruppe (31 bis 60 Punkte) zu den Ländern abzurutschen, denen von *Freedom House* keine garantierte Pressefreiheit zugebilligt wird. Im Vergleich zu den Entwicklungsregionen in Afrika und Asien steht Lateinamerika insgesamt erheblich besser dar, auch wenn von einer konsolidierten Pressefreiheit durchgängig noch nicht gesprochen werden kann. Bei allen Vorbehalten gegenüber solchen Rankings bieten sie doch wichtige Anhaltspunkte und Analyse Kriterien, die auf erhebliche Probleme aufmerksam machen. Ein Blick auf einige der genannten Länder und ihre spezifische Situation verdeutlicht, wie komplex eine Diskussion über Pressefreiheit in Zeiten ist, wo diese nicht mehr nur vom Vorhandensein oder Nichtvorhandensein staatlicher Zensurmaßnahmen abhängt.

### **Regionale Einschätzung der Pressefreiheit nach Ländern**

---

frei	teilweise	nicht frei	Anzahl
------	-----------	------------	--------

		frei		der Länder
Afrika	6 (11 %)	20 (37 %)	28 (52 %)	54
Asien	4 (11 %)	14 (38 %)	19 (51 %)	37
Europa (O u. W)	26 (72 %)	5 (14 %)	5 (14 %)	36
Lateinam./Karib.	17 (52 %)	15 (45 %)	1 ( 3 %) 33	
Mittelasien	1 ( 7 %)	4 (29 %)	9 (64 %)	14
Nordamerika	2(100 %)	0	0	2
Ozeanien	8 (73 %)	3 (27 %)	0	11
Insgesamt	64 (34 %)	61 (33 %)	62 (33 %)	187

(Prozent zeigt Prozentsätze in jeder Kategorie in der Region)

Quelle: *Press Freedom 1997 – Law epidemic*, Freedom House, New York

### Ein Mord, der aufrüttelte

„Eine Bilanz mit Licht und Schatten“ nennt denn auch der Vorsitzende der Kommission für Pressefreiheit des argentinischen Verlegerverbandes ADEPA (Asociación de Entidades Periodísticas Argentinas), Guillermo Ignacio, seinen Bericht über die aktuelle Lage der Pressefreiheit in Argentinien, wobei nach seiner Meinung „leider letztere überwiegen“. Besonderes Gewicht innerhalb seiner Informationen hatte natürlich der Mord an dem Bildreporter der Zeitschrift *Noticias*, José Luis Cabezas, der am 25. Januar 1997 erschossen und anschließend in seinem Wagen verbrannt wurde. Die Geschichte dieses Falles, die bis heute nicht zu einem Ende gekommen ist, hält die argentinische Öffentlichkeit mit ihren Enthüllungen seitdem in Atem und das ist auch der signifikante Unterschied zu Morden an Journalisten in anderen Ländern: Der Fall Cabezas hat die argentinische Öffentlichkeit in einer Weise mobilisiert, wie man es kaum hätte erwarten können. Das Verbrechen war ein Kulminationspunkt in der Verdrossenheit der Bürger über die weitverbreitete Korruption in den Machtzentren des Landes, aufgrund derer derjenige mit den richtigen Verbindungen grundsätzlich straffrei auszugehen scheint, über eine politisch instrumentalisierte Justiz und einen Polizeiapparat, der eher zur Unsicherheit und Beunruhigung der Menschen beiträgt. Die freundschaftlichen Verbindungen von Hauptverdächtigen und mutmaßlichen Hintermännern mit führenden Politikern des Landes bis hinein in die höchsten Führungsebenen trug zur Brisanz zusätzlich bei.

Auch Bedrohungen von Journalisten sind in Argentinien keine Seltenheit. Von 128 Fällen berichtet allein die Journalistengewerkschaft UTPBA (Unión de Trabajadores de Prensa de Buenos Aires) aus der jüngsten Zeit. Ein typischer Fall ist dabei der der Journalistin Verónica Paulet. Zwei Tage vor dem Geburtstag ihrer Tochter erreichte sie ein anonymer Telefonanruf und eine Stimme sagte: „Wir wollen doch einmal sehen, ob Deine Tochter ihren Geburtstag erlebt ...“. Daß auch prominente Vertreter des Berufsstandes von solchen Übergriffen nicht verschont sind, zeigen die Fälle von Magdalena Ruiz Guiñazú, Jorge Lanata, Antonio Fernández Llorente, Fernando Menéndez, Verónica Jacobson und des stellvertretenden Direktors der Tageszeitung *La Nación*, José Claudio Escribano, die im Bericht zur 53. Generalversammlung des amerikanischen Verlegerverbandes SIP (Sociedad Interamericana de Prensa) in Guadalajara, Mexiko, Erwähnung finden. Eindrucksvoll ist auch die Liste von Attacken gegen die Pressefreiheit, die die unabhängige Gruppe *Periodistas* veröffentlicht und in der sich zahllose Fälle aus den Provinzen des Landes finden, die ansonsten selten größere Aufmerksamkeit erregen, in ihrer Schwere bekanntere Fälle aber oft eindeutig übertreffen. Laut Jahresbericht der Organisation war „1997 das Jahr der größten Rückschritte für die Pressefreiheit in Argentinien seit der Wiederherstellung der Demokratie 1983“.

Die regierungskritische Berichterstattung vieler Medien nahm Präsident Carlos Saúl Menem zum Anlaß heftiger Kritik an den Journalisten, für die er mit Bezug auf Aussagen von Benjamin Franklin aus dem Jahre 1735 für „Verleumdungen“ die „Prügelstrafe“ forderte. Sein Außenminister Guido di Tello sah 95 Prozent der

argentinischen Journalisten in einer Oppositionsrolle gegenüber der Regierung. Die *New York Times* nahm dies am 15. September 1997 zum Anlaß, einen kritischen Kommentar mit der Überschrift 'Krieg gegen die Medien in Argentinien' zu ver-sehen, was ihr seitens des Präsidenten, verschiedener Minister und des argentinischen Botschafters in Washington den Vorwurf der Wahlkampf-einmischung mit tendenziösem und Pamphlet-Charakter eintrug. Später ruderte der Präsident zurück: „Ich entschuldige mich und erneuere meinen unumstößlichen Willen, für die Aufrechterhaltung der Freiheitsrechte zu kämpfen“, schrieb er an den Verlegerverband ADEPA und die Direktoren verschiedener Me-dien. Menem bezeichnete es gleichwohl als absurd, seine Äußerungen als Aufforderung zur Gewalt gegen Journa-listen zu interpretieren und in den Zusammenhang mit Gewalttaten der jüngsten Zeit zu stellen.

Im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen im Oktober 1997 erneuerte sein Wirtschaftsminister Roque Fernández die Medienschelte. Fernández sprach gar von einem „Medien-Staatsstreich“ und führte vorab eine mögliche Niederlage der Regierungspartei auf die Linksorientierung vieler Journalisten zurück. Er bezog sich dabei auf eine repräsenta-tive Umfrage unter Journalisten im Großraum Buenos Aires, die das angesehene Centro de Estudios Unión Para la Nueva Mayoría 1996 durchgeführt hatte. Ähnlich wie in anderen Ländern auch ergab sich bei den politischen Prä-ferenzen der Journalisten eine eindeutige Linksverschiebung gegenüber der Gesamtbevölkerung: So gaben 62,5 Prozent der befragten Journalisten an, bei den Präsidentschaftswahlen 1995 das Linksbündnis FrePaSo gewählt zu haben, nur 9,2 Prozent entschieden sich für den siegreichen Kandidaten der Justizialistischen Partei, Carlos Saúl Menem, der gleichwohl mit großem Vorsprung ins Ziel kam. Angesichts heftiger Kritik mußte Fernández seine An-griffe später relativieren: In der Tat läßt sich darüber streiten, ob man eine solche Selbstaussage der Journalisten ohne Berücksichtigung der realen Medienlandschaft, ohne Inhaltsanalysen und vergleichende Studien einfach zur Annahme einer 'Linkskampagne' gegen die Regierung extrapolieren kann. Die hohen Sympathie- und Glaubwürdig-keitswerte, die die Medien im Gegensatz zu den politischen Institutionen Argentinien genießen, scheinen jedenfalls dagegen zu sprechen.

### **An Verbrechen gewöhnt**

Während der Fall Cabezas in Argentinien zu einer Welle der Empörung, des Protestes, zu Mahnwachen, Demonstrationen und totaler Kollegensolidarität führte, hat man sich woanders an solcherart Verbrechen längst gewöhnt und nimmt sie mit bedauerndem Achselzucken zur Kenntnis. Ein Musterbeispiel dafür ist Kolumbien:

- So wurde am 20. März 1997 der Kommentator der in Cali erscheinenden Zeitung *El País*, Gerardo Bedoya, das Opfer von Mördern, die ganz offenbar an seinem Kampf gegen den Drogenhandel und für die Auslieferung von Drogenbossen an die USA Anstoß genommen hatten.
- Ende November 1997 wurde Jairo Elías Márquez ermordet, Direktor der Zeitschrift *El Márquez*, herausgegeben in Armenia, der Provinzhauptstadt von Quindío, 170 Kilometer westlich der Hauptstadt Bogotá. Márquez war bereits vorher mehrfach mit dem Tode bedroht worden, sollte er seine Recherchen über Korruptionsfälle nicht einstellen.

Damit erhöht sich die Zahl der in Kolumbien in den letzten zehn Jahren ermordeten Journalisten auf 118. „Kolum-bien ist intolerant geworden, insbesondere zwischen den Fronten von Guerilla und Drogenhandel. Die Journalisten, die darüber informieren, sind das sichtbarste Ziel dieser Intoleranz“, sagt Alirio Fernando Bustos von der Zeitung *El Tiempo*, deren Führungskräfte gezwungen sind, mit Leibwächtern und gepanzerten Wagen unterwegs zu sein. Das Redaktionsgebäude auf dem Weg zum Flughafen 'El Dorado' in der Hauptstadt Bogotá gleicht einer Festung. Daß die Vorkehrungen berechtigt sind, zeigt die Entführung des Chefredakteurs Francisco Santos Calderón vor einigen Jahren ebenso wie Bombenanschläge, unter anderem auf das Redaktionsgebäude in Medellín.

In Kolumbien entspann sich 1997 auch eine intensive Debatte über den politischen Einfluß der Regierung und der Parlamentsmehrheit auf die Lizenzierung von Fernsehprogrammen. Mit der Modifikation des Gesetzes 182 zur Ver-anstaltung von Fernsehprogrammen war zuvor ein Verfahren zum 1. 1. 1998 in Gang gesetzt worden, bei dem sich die Veranstalter von Fernsehprogrammen erneut um eine Sendeerlaubnis bemühen müssen, obwohl zwischen ihnen und der Regierung zuvor ein Fortbestehen der laufenden Verträge bis 2004 vereinbart worden war. Das kolumbia-nische Verfassungsgericht erklärte das neue Verfahren mit fünf zu vier Stimmen für verfassungsgemäß, da es dem Gesetzgeber überlassen bleiben müsse, Konzessionen des Staates auch zu verändern. Für José Gregorio Hernández, einen der unterlegenen Richter, schafft eine „solche Veränderung etablierter Regeln nur juristische Unsicherheit“ und führt zu „Instabilität bei der Vertragsgestaltung beim Fernsehen“. Damit stelle sich der politische Wille des Kongresses über das Recht auf freie Information und Meinungsäußerung, so Hernández. Beobachter im In- und Ausland sahen in dieser Gesetzgebung zudem einen Versuch, gerade die Programme mundtot zu machen, die zuvor über die Finanzierung der Wahlkampagne von Präsident Ernesto Samper mit Drogengeldern offensiv informiert und den folgenden ‘Proceso 8000’, den bedeutendsten politischen Korruptionsskandal in der Geschichte des Landes, zum Gegenstand kritischer Berichterstattung über die Regierung gemacht hatten. Mit neuen Lizenzen, so der Ver-dacht, würden nun ausschließlich regierungstreue Veranstalter bedacht. Von einem „schwarzen Jahr“ für den latein-amerikanischen Journalismus, das an die Epoche der Diktaturen erinnere, sprach denn auch die politische Wochen-zeitschrift *Semana* in ihrer Ausgabe vom 22. September. Und die wichtigste Zeitung des Landes, *El Tiempo*, ergänzte: „Vom Río Grande bis Patagonien wird die Pressefreiheit immer mehr verletzt, bedroht und ermordet.“ (27. 9. 1997)

Wie in Kolumbien ist auch in Mexiko die organisierte Kriminalität, namentlich der Drogenhandel, Hauptausgangs-punkt von Verbrechen gegen Journalisten und Medien, deren Recherchen und Akzeptanz in diesen Kreisen mehr gefürchtet wird als eine Justiz, die man offenbar leichter beeinflussen kann und deren Aufklärungsrate bei solchen Gewalttaten entsprechend gegen Null tendiert. Diese *impunidad*, die Straffreiheit der Täter, ist denn auch das, was Journalistenorganisationen, Verlegerverbände und Menschenrechtsgruppen immer wieder anprangern: Jüngstes Op-fer ist der am 15. Dezember in Cocula, 470 Kilometer westlich der Hauptstadt Mexiko-City, erschossene Direktor der Publikation *El nuevo Zitlan*, Margarito Morales Ramírez. Bereits in den Vormonaten des Jahres wurden drei mexikanische Journalisten ermordet, unter ihnen der Direktor der Zeitung *La Prensa* in San Luis Río Colorado, Benjamín Flores González, der sich in seinen Artikeln besonders kritisch mit dem Drogenhandel auseinandergesetzt hatte.

Notorisch sind auch Übergriffe auf Journalisten, die nicht tödlich enden, zumindest nicht für das vorgesehene Op-fer:

- Oft werden Vertreter der Medien entführt, bedroht oder zusammengeschlagen, wie es in den vergangenen Mona-ten unter anderem einem Journalisten des Fernsehsenders *TV Azteca* erging: Von vier Männern entführt, stülpten ihm die Täter eine Plastiktüte über den Kopf und steckten ihm eine Pistole in den Mund. Anschließend feuerten sie neben seinem Kopf einige Schüsse ab und fragten dann: „Wirst Du jetzt endlich mit dem Unsinn aufhören?“, womit ganz augenscheinlich seine kritische journalistische Arbeit gemeint war.
- Im November wurde Jesús Blancornelas, Co-Direktor der in Tijuana erscheinenden Wochenzeitung *Zeta* von drei Schüssen schwer verletzt, sein Leibwächter starb bei dem Anschlag. Kurz zuvor hatte das Blatt eine Liste mit Namen von *narco-juniors* veröffentlicht, Jugendlichen der Oberschicht auf den Gehaltslisten des ‘Kartells von Tijuana’. Nach Angaben der Zeitschrift hatte kurz zuvor auf eigene Initiative die Regierung des Bundesstaates Baja California besondere Bewachungsmaßnahmen für das Opfer eingestellt.

- Zwei Journalisten der Zeitung *Reforma* wurden Opfer eines Überfalls, bei dem die Täter unter Schlägen versuchten, Näheres über die Recherchen über Fälle von Korruption bei der Polizei zu erfahren.

## Der Staat als Zensor

In Peru hat sich demgegenüber 1997 insbesondere der Staat mit Druck auf die Medien hervorgetan. Der Fall der faktischen Enteignung des Besitzers von Kanal 2 *Frecuencia Latina*, Baruch Ivcher – ihm wurde die vor 13 Jahren erworbene peruanische Staatsangehörigkeit aberkannt, die er aber benötigt, um audiovisuelle Medien in Peru be-sitzen zu können – steht hier ganz oben auf der ‘Mängelliste’ zur Pressefreiheit. Durch die Gerichtsentscheidung ging der Fernsehkanal auf die Minderheitsgesellschafter über, deren regierungsfreundliche Haltung bekannt ist. Gleichzeitig kündigten die wichtigsten Journalisten des Senders. Der ‘Defensor del Pueblo’, Jorge Santistevan, be-zeichnete die Entscheidung des Gerichts als verfassungswidrig und sieht mit ihr die demokratische Legalität im Lande in Frage gestellt. „Die öffentliche Meinung erwartet von der Presse, daß sie die Aufgaben übernimmt, an denen Justiz und Kongreß gescheitert sind. Deshalb unterdrücken die Regierungen die Reporter. Sie wissen, daß die Medien in Peru die einzige Institution sind, die sie nicht kontrollieren“, äußerte Carlos Basmobreo, Direktor des un-habhangigen Insituto para la Defensa Legal in Lima zu diesen Vorgangen. Ivcher wurde offenbar insbesondere zum Verhangnis, daß sein Kanal mit kritischen Berichten zu Vorgangen innerhalb der peruanischen Streitkrafte und des peruanischen Geheimdienstes hervorgetreten war, die sich aus Insider-Informationen speisten.

Viele der betroffenen Journalisten fanden anschließend eine Anstellung bei *Andina de Televisin ATV*, wo auch das kritischste Fernsehprogramm ‘En Persona’, des angesehensten peruanischen Fernsehjournalisten Csar Hildebrandt ausgestrahlt wird. Im Dezember aber scheint es auch mit der Kritik dieses Kanals zu Ende zu gehen. Ein Rechts-streit innerhalb der Besitzerfamilie, bei dem die Justiz dem regierungsfreundlichen Teil zum Durchbruch verholfen hat, bringt den Industriellen Julio Vera Gutiérrez in die Leitungsfunktion zurück, der insbesondere mit dem Erziehungsminister im Kabinett Fujimori und Mit-Aktionär von ATV, Domingo Palermo Cabrejos, verbunden ist. „Julio Vera“, so Csar Hildebrandt, „hat Verpflichtungen gegenüber der Regierung und aus diesem Grund ist es wahr-scheinlich, daß wir nicht weiter senden können“.

Im Juni hatte Hildebrandt selbst die Öffentlichkeit von Absichten des Geheimdienstes des Heeres SIE (Servicio de Inteligencia del Ejrcito) in Kenntnis gesetzt, ihn für immer zum Schweigen zu bringen. Mit versteckter Kamera wurde ein Interview mit einer Agentin des SIE, Leonor La Rosa aufgenommen, die sich zu diesem Zeitpunkt in einem Krankenhaus von Folterspuren erholte, die nach ihrer Aussage durch vier Offiziere des Geheimdienstes ver-ursacht worden waren; die vier hatten sie der Weitergabe von Material über Maßnahmen des Geheimdienstes gegen Presse und Opposition, den sogenannten Plan Bermuda, verdchtigt. Die Agentin nannte sogar den Namen der Per-son, die für die Ermordung des Journalisten vorgesehen gewesen sein soll. Vereitelt habe den Plan nur eine frhzei-tige Indiskretion. In einer Erklrung zeigt sich die Kommission für Pressefreiheit des Verlegerverbandes SIP äußerst beunruhigt von den Vorgngen in Peru. Ihr Vorsitzender, der uruguayische Herausgeber der Zeitschrift *Bsqueda*, Danilo Arbilla, bedauerte, daß die peruanische Regierung sich zu früheren Informationen, die man direkt an Prsi-dent Fujimori richtete, nicht einmal geäußert habe. So verwundert es nicht, daß nach einer im Juni veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts ‘Datum’ sieben von zehn Peruanern glauben, die Regierung des Prsi-denten Alberto Fujimori und insbesondere die Geheimdienste versuchten, die Pressefreiheit im Lande einzuschrn-ken.

Da nützte es dem Präsidenten auch nichts, daß er seine Eröffnungsansprache beim Gipfeltreffen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im Juni in Lima zum Anlaß nahm, die Medien einer Verdeckung von Korruptions-fallen und Diffamierungen zu beschuldigen. Den Wunsch des US-Botschafters, die Behauptungen zu konkretisieren, beantwortete statt des Präsidenten der stellvertretende Präsident des peruanischen Kongresses und

Fujimori-Vertraute Torres y Torres Lara mit einer Zurechtweisung des Diplomaten, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Perus einzumischen. Insbesondere die Auslandspresse war spätestens anlässlich des Geiseldramas in der japanischen Botschaft in Lima ins Blickfeld der Regierungskritik geraten, da viele Journalisten ihren oft mehrmonatigen Aufenthalt in Peru auch zur Berichterstattung über Demokratiedefizite oder die nach wie vor angespannte soziale Lage nutzten. Nicht zuletzt das trug ihnen den Vorwurf der Sympathie für die Terroristen des Movimiento Revolucionario Tupac Amaru (MRTA), ein. Der Parlamentsabgeordnete José Barba Caballero, oft das Sprachrohr von Präsident Fujimori, damals: „Wir müssen den Finger erheben gegen die internationale Presse, die sich hier wie auf einer Safari benimmt und nach dem Interview mit vier Übereifrigen beginnt, die Welt zu desinformieren.“ Diesem Verhalten habe sich eine „frivole und sensationistische“ Lokalpresse angeschlossen, die mit den „Fremden“ gemeinsame Sache mache.

## Abhörskandale

Für die internationale Presse geht mit ATV auch der letzte Kanal verloren, der nicht direkt von der Regierung beeinflusst wird: „Sie brachten in Peru den letzten Kanal der Opposition gegen Fujimori zum Schweigen“, titelte beispielsweise die auflagenstärkste argentinische Tageszeitung *Clarín* in ihrer Ausgabe vom 18. Dezember. *Clarín* hatte zuvor bereits selbst Erfahrungen mit der speziellen peruanischen Situation gemacht, als ihr Korrespondent Angel Páez bei seinen Telefongesprächen mit der Redaktion in Buenos Aires offenbar vom peruanischen Nachrichtendienst SIN (Servicio de Inteligencia Nacional) abgehört wurde. Gleiches berichten auch andere Journalisten, unter ihnen Auslandskorrespondenten wichtiger internationaler Medien. Das Magazin 'Contrapunto' des Fernsehkanals 2 hatte im Juli von 197 Fällen berichtet, bei denen Geheimdienste Journalisten und Oppositionspolitiker abgehört hatten, und als Beweis Tonbänder und Disketten vorgelegt. Peruanische Journalisten hatten bereits zuvor auf zahlreiche Einschüchterungsversuche hingewiesen, die von Kurzzeit-Entführungen bis zu Scheinerschießungen, von Telefonterror bis zu physischer Gewalt reichen. Auch der selektive Einsatz der Steuerfahndung gegen unliebsame Medien scheint derzeit zum normalen Repertoire der politischen Auseinandersetzung in Peru zu gehören.

Wie wirkungsvoll diese Methoden verbunden mit der Verteilung von Wohltaten an regierungsfreundliche Medien sind, wird die Zukunft zeigen. „Bisher“, so der Schriftsteller Mario Vargas Llosa in einem Beitrag für die spanische Zeitung *El País* über sein Land, „hat die Manipulation der öffentlichen Meinung gewirkt“. Dabei nennt er nicht zuletzt die Kumpanei vieler Unternehmer und Journalisten mit der jetzigen Regierung beim Namen. Nach wie vor akzeptierten auch viele Peruaner Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten und die 'innere Fäulnis' des Herrschaftsapparats als unvermeidliches Übel auf dem Weg in eine bessere Zukunft. Schon mit dem Hinweis auf die furchtbaren Zeiten des Präsidenten Alan García Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre, mit Terrorismus, Hyperinflation und überbordender Korruption lasse sich die Bevölkerung einschläfern und sehe die jetzige Regierung in freundlicherem Licht. Immerhin sei im In- und Ausland ein berechtigter Prestigeverfall zu erkennen, auch wenn der Internationale Währungsfond und die Weltbank der Regierungspolitik noch immer gute Noten ausstellten.

Aufsehen erregte in Panama der Fall des peruanischen Journalisten Gustavo Gorriti, der nach Korruptionsvorwürfen gegenüber dem panamaischen Präsidenten Ernesto Pérez Balladares plötzlich Schwierigkeiten mit seiner Arbeitserlaubnis und seinem Visum für Panama bekam. Für seine Reportage über den Zusammenbruch der Bank Banaico, bei der unter anderem der des Drogenhandels verdächtige Kolumbianer José Castrillón Henao, ein Finanzier der Wahlkampagne des jetzigen Präsidenten, Konten unterhielt, hatte Gorriti zuvor den angesehenen spanischen Journalistenpreis Rey de España erhalten. Ausländer, so wurde jetzt argumentiert und von einem Gericht bestätigt, könnten in Panama keine leitende Funktion eines Mediums bekleiden, was für Gorriti als Direktor der Zeitung *La Prensa* aber zutraf. Der Fall wurde nach heftigen internationalen Protesten schließlich so gelöst, daß Gorriti in Panama bleiben und arbeiten darf, daß die Zeitung für ihn gleichwohl eine 'neue Arbeitskategorie' im Einklang mit den Gesetzen finden wird. Gleichzeitig aber, so

der Präsident der Zeitung, Juan Arias, werde man den Kampf für die Pressefreiheit fortsetzen und vor allem die 'Knebelungsgesetze' (*leyes mordaza*) zu beseitigen suchen, die dem Staat Übergriffe auf die Medien gestatteten und noch aus der Zeit der Militärregierung von General Manuel Antonio Noriega stammten.

Neben den genannten Ländern und Fällen ließen sich natürlich, wie die bereits eingangs erwähnte Analyse des *Freedom House* zeigt, auch Beispiele aus anderen Staaten finden, die 1997 für negative Schlagzeilen sorgten. So beklagten sich etwa paraguayische Journalisten in bestimmten Situationen ebenso über politischen Druck wie ihre Kollegen aus Uruguay oder aus Chile. Immerhin handelt es sich dort um Einzelfälle. Im Gegensatz dazu ist Kuba auch 1997 um keinen Millimeter von seinem Repressionskurs gegen unabhängige Journalisten und gegen Bemühungen um mehr Pressefreiheit abgerückt, lediglich die Regierungsrhetorik versuchte, andere Signale auszusenden; nicht zuletzt im Umfeld des Papstbesuchs auf der Insel. Auch ist seit Mitte 1997 erstmals CNN mit einem Korrespondentenbüro in Kuba vertreten, angesichts der Beziehungen zwischen den USA und Kuba fast eine kleine Sensation.

### **Vielfältiger Druck auf Journalisten**

Neben den enormen Problemen, die Journalisten und Medien von außen erfahren, gibt es natürlich auch zahlreiche interne Probleme, die von gnadenlosem Konkurrenzkampf zwischen den zahllosen Abgängern der Medienfakultäten auf dem lateinamerikanischen Arbeitsmarkt für Journalisten bis zu redaktionsinternem Druck reichen, um die politischen oder ökonomischen Interessen des Medieneigners buchstabengetreu umzusetzen. Die Dominanz 'allgemeiner Geschäftsinteressen' gegenüber objektiver Berichterstattung geht über alles weit hinaus, was man etwa in Deutschland unter den Stichworten 'Tendenzschutz' und 'verlegerische Verantwortung' nennen könnte oder sich mit der Notwendigkeit wirtschaftlichen Erfolgs für das Medium rechtfertigen ließe. Von 'oben' vorgegebene „Tabu-Themen“ und 'Un-Personen' sind lateinamerikanischen Journalisten aus ihrer täglichen Arbeit nur allzugut bekannt. Viele wünschten sich, daß die Verteidigung der Pressefreiheit nach außen deutlichere Konsequenzen auch nach innen hätte: Schlechte Arbeitsbedingungen, miserable Bezahlung, kaum Zeit und Geld für intensive Recherchen, fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten, Korruption und Gefälligkeiten, die Vermischung von redaktioneller Arbeit und Werbung mit dem Einsatz der Journalisten als Werbesprechern, all das gehört vielerorts zur Realität. Fälle 'bezahlter Nachrichten', sogenannter *chivos*, bei denen zum Beispiel Unternehmensnachrichten als verdeckte Werbung in Sendungen gelangen oder Talk-Show-Gäste für ihren Auftritt bezahlen, prangert nicht nur der Besitzer von *Canal 9* in Argentinien, Alejandro Romay, immer wieder an. Entsprechend bleibt die Berichterstattung häufig hinter dem zurück, was eine demokratische Gesellschaft zu ihrem Funktionieren und mündige Bürger zu ihrer Urteilsbildung brauchen. Leider findet darüber noch viel zu wenig Reflexion statt. Das Diktum des Mainzer Kommunikationswissenschaftlers Hans Mathias Kepplinger, daß der „Journalismus das letzte Tabu des Journalismus“ darstellt, gilt offenbar auch für Lateinamerika.

Immerhin macht die Selbstkontrolle der Medien Fortschritte. In Peru hat sich 1997 ein 'Presserat' gebildet, der nach dem Vorbild der gleichnamigen deutschen Einrichtung für Selbstkontrolle im Medienbereich sorgen, gleichzeitig aber Journalisten und Medien gegen Pressionen von außen schützen will. Ein spezielles 'Ehrengericht' wird sich Fällen ethisch fragwürdigen Verhaltens innerhalb der Medien annehmen. Fünfzehn Zeitungen und fünf Zeitschriften aus zwölf Verlagshäusern haben sich der Initiative angeschlossen. Mit dieser Gründung ziehen die peruanischen Verleger und Journalisten Konsequenzen aus steigender Macht und steigender Glaubwürdigkeit der Medien, denen ein Vertrauensverlust staatlicher Instanzen entgegensteht. Die eigene Glaubwürdigkeit zu verteidigen ist dabei oberstes Anliegen. Auch in anderen lateinamerikanischen Ländern übrigens hat das Ethikthema derzeit wieder Konjunktur: Entsprechende Veranstaltungen lockten etwa in Buenos Aires bis zu 2000 Personen in die Diskussionsforen mit bekannten Journalisten, Medienunternehmern und Wissenschaftlern. Zeitungen wie *La Nación* und *Clarín* veröffentlichten eigene Leitlinien zu Ethikfragen und widmen sich intensiv der Diskussion. Auch in Bolivien und Kolumbien zeigt sich in jüngster Zeit, daß sich

ethische Fragen aus der abstrakten Sphäre in die 'Niederungen' des täglichen Interesses gekämpft haben und in der Lage sind, ein breites Publikum zu engagierten Debatten zu veranlassen.

Auch das Thema 'Medienrecht' hat mit den Reformabsichten verschiedener Regierungen an Bedeutung gewonnen. Auf der einen Seite gilt es, die Pressefreiheit fester in Verfassungen und nationalen Gesetzgebungen zu verankern und insbesondere gesetzliche Bestimmungen, die noch auf Diktaturzeiten zurückgehen, endgültig auszulöschen. Andererseits aber erhebt sich mehr und mehr die Frage, wie angesichts des unbestreitbaren Machtzuwachses der Medien das öffentliche Interesse an Berichterstattung mit privaten Schutzinteressen in Einklang gebracht werden kann. Stichworte sind dabei Fragen des Gegendarstellungsrechts, eines Anspruchs auf Widerruf und Schadenersatzfragen bei Verletzung der Privatsphäre und der persönlichen Ehre. Natürlich sind diese Fragen angesichts der Vergangenheit in vielen lateinamerikanischen Staaten äußerst delikat. Viele Journalisten und Medieneigner vermuten umgehend einen Anschlag auf die Pressefreiheit und 'Knebelungsversuche', wenn diese Themen in die Debatte eingebracht werden – oft sicher nicht ganz zu Unrecht. Zu besonderer Polemik gab in diesem Zusammenhang die Absicht des venezolanischen Präsidenten Rafael Caldera Anlaß, die Forderung nach „wahrheitsgetreuer Unterrichtung durch die Medien“ (*información veraz*) in einer Übereinkunft des iberamerikanischen Gipfeltreffens im Herbst 1997 auf der Isla Margarita/Venezuela zu verankern. Ohne daß eindeutig klar wurde, welche Kriterien diese 'wahrheitsgetreue Berichterstattung' definieren, wie sie gemessen wird und wem die entsprechende Beurteilung obliegt, war das internationale Echo umgehend so negativ, daß nur relativ verschwommene Bemerkungen Eingang in die Protokolle des Treffens der Staats- und Regierungschefs fanden. Gleichzeitig sah sich Caldera einer insbesondere vom Verlegerverband SIP orchestrierten Meinungsoffensive gegenüber – die Organisation sprach von einer „totalitären Versuchung“ –, die ihm und seiner Regierung erheblich schadete. Auch Politiker, denen die Grundidee sicher nicht unsympathisch war, distanzieren sich.

Vor diesem Hintergrund sind viele Journalisten und Medienunternehmer bereit, mit als klar defizitär angesehenen Regelungen weiterzuleben, statt das Risiko einzugehen, daß es auch noch schlimmer kommen könnte. Mexiko ist dabei ein gutes Beispiel: Bestehende Gesetze aus der noch nicht lange zurückliegenden Zeit der De-facto-Herrschaft einer Partei, des PRI, wurden bisher nicht geändert. Nach wie vor geben sie der Staatsführung massive Interventionsinstrumente in die Hand. Innerhalb des Demokratisierungsprozesses und des Drucks, den die öffentliche Meinung inzwischen ausübt, werden sie von seiten des Präsidenten allerdings derzeit nicht angewandt. Ob das so bleibt, ist zumindest nicht garantiert, schon gar nicht, wenn man einen Wechsel der handelnden Personen einkalkuliert. So ist es verständlich, daß eine Reformkommission aller Parteien des Parlaments Vorschläge erarbeitet hat, wie die Pressefreiheit künftig abgesichert werden und das Mediensystem Mexikos freiheitlich und pluralistisch ausgerichtet werden kann. Ein Unbehagen der Journalisten an dieser Debatte aber ist unverkennbar und kann wohl nur durch viel Überzeugungsarbeit und die nach und nach sich festigende demokratische Tradition eines Landes abgebaut werden.

### **Wo endet die unternehmerische Freiheit?**

Noch dramatischer werden die Töne in der öffentlichen Debatte – diesmal getragen vor allem vom Chor der gut organisierten Medieneigner, vor allem der Verleger –, wenn es um die Garantie des Wettbewerbs, um die Verhinderung von Oligopolen und Monopolen oder konkret um Marktanteilsbegrenzungen geht. Auch die Frage, ob gleichzeitig eine dominierende Stellung bei mehreren Medien-Typen, bei Hörfunk, Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften erlaubt sein soll, löst panikartige Abwehrreflexe aus. Neuerdings kommt die Diskussion darüber hinzu, ob es Firmen gleichzeitig erlaubt sein soll, Telekommunikationsdienste und Kabelfernsehen anzubieten. Übernahmeschlachten und eine galoppierende Konzentration kennzeichnen jedenfalls die aktuelle Lage in Lateinamerika und müssen zum Nachdenken darüber führen, ob die staatliche Garantie von Pressefreiheit nicht auch heißt, daß aus ordnungspolitischen Gründen Abstriche bei der freien Verfügbarkeit über Eigentum im Medienbereich gemacht werden dürfen, um ein pluralistisches Angebot zu garantieren.



In früheren Zeiten existierte ein intervenierender, alles kontrollierender und gegebenenfalls zensurierender Staat, der zudem auch direkt über Eigentum an Staatssendern in Hörfunk und Fernsehen sowie eigene Zeitungen und Zeitschriften verfügte, den Import von Papier und Maschinen nach politischem Gusto regelte und zuteilte und über staatliche Werbeausgaben mehr für den wirtschaftlichen Erfolg oder Mißerfolg eines Mediums verantwortlich war als dessen Präferenz bei den Nutzern. Das hat sich heute grundlegend geändert. Zur Zeit zieht sich der Staat in Lateinamerika unter dem Eindruck neoliberaler Wirtschaftskonzepte und der Standortkonkurrenz am Weltmarkt überall zurück, dereguliert und privatisiert, weist aber leider auch erhebliche Schwächen bei der Schaffung eines angemessenen ordnungspolitischen Rahmens auf. Vielerorts nach wie vor bestehende Rechtsunsicherheiten und Defizite im Justizsektor stärken zudem die ohnehin Starken über Gebühr. Öffentlich-rechtliche Angebote, wie wir sie vor allem aus Europa kennen, sind nach wie vor eine Ausnahme. Die Gefahr, daß Staatsmonopole nach kurzer 'chaotischer' Übergangsphase von privaten Oligopolen und Monopolen abgelöst werden, ist durchaus real. Im Mediensektor mit seiner Bedeutung für die Meinungsbildung einer demokratischen Gesellschaft erscheint dies als besonders folgenschwer. Die Ausweitung des allgemein zugänglichen Informationsangebots über neue Technologien und Vermittlungsformen, insbesondere das Internet, macht im Gesamtmaßstab Zensur zwar immer schwerer möglich, von der Bedeutung und Ausstrahlung her aber sind diese Möglichkeiten gegenüber dem traditionellen Hörfunk, gegenüber Fernsehen und Presse sicher noch auf absehbare Zeit keine Alternative. Auch finden sich ihre Nutzer nach wie vor nicht in breiten Bevölkerungsschichten, sondern eher bei den besser Verdienenden, den besser Gebildeten und vor allem den Jüngeren.

Dabei dürfte eine Debatte zu kurz greifen, die sich nur auf die Frage konzentriert, in welchem Umfang ausländisches Kapital in die nationalen Medienmärkte Lateinamerikas investieren und sich an einheimischen Medien beteiligen darf: „Es würde mir nicht gefallen, wenn ich in fünf Jahren wiederkäme und dann englisch sprechen müßte“, ironisierte etwa der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Eduardo Duhalde, seinen Auftritt vor dem Verband der Zeitungsherausgeber der argentinischen Hauptstadt. Dahinter aber stecken reale Besorgnisse, die auf die Frage nach der Rolle des Staates zielen und von vielen im Lande geteilt werden. Der frühere Staatspräsident Raúl Alfonsín hat bereits angekündigt, dieses Thema in die Programmatik der bei den Parlamentswahlen im Oktober 1997 siegreichen Alianza aus dem Linksbündnis FrePaSo und seiner eigenen radikalen Bürgerunion UCR aufnehmen zu wollen. Präsident Carlos Saúl Menem erklärte unterdessen seine Bereitschaft, Anti-Monopolgesetze vorzulegen und auch bestehende Monopole zu entflechten. „Monopole sind schlecht, egal ob sie auf internationales oder nationales Kapital gegründet sind“, erklärte Menem in einem populären Radioprogramm. Bisher allerdings sind entsprechende Vorhaben gescheitert, ein verabschiedungsreifes Telekommunikationsgesetz in Argentinien vorzulegen. Verschiedene Entwürfe blockieren sich gegenseitig und man greift sicher nicht zu weit, wenn man auch bremsende Einflüsse von interessierter Seite, die über exzellente politische Beziehungen verfügen, vermutet. Momentan liegen der Comisión de Comunicaciones des Parlaments nicht weniger als 50 Einzelprojekte vor. Schon oft sind Politiker in Lateinamerika angesichts des Drucks der Eigenseite vor konzentrationsbegrenzenden Maßnahmen zurückgeschreckt, beispielsweise in Venezuela, woanders wurden Gesetzesvorhaben juristisch vereitelt, so kürzlich in Chile.

### ***Global Players auf dem Vormarsch***

Allein die zugrunde liegenden Absichten dürfen aber den *Global Players* im lateinamerikanischen Medienmonopoly wenig gefallen. Einer der wichtigsten von ihnen, Gustavo Cisneros, Besitzer der gleichnamigen venezolanischen Kommunikationsholding mit Standorten in New York, Miami, Caracas und Madrid (siehe Kasten) meinte in einem Interview mit der Tageszeitung *La Nación* am 12. Oktober 1997: „Im heutigen wirtschaftlichen Umfeld überholen sich manche Projekte schon, ehe sie Gesetzeskraft erlangen. Die Gesetzgeber in unserer Region sollten vielleicht mehr darüber nachdenken, wie der Wohlstand unserer Völker durch Wirtschaftswachstum gesteigert werden kann, statt sich Sorgen darüber zu machen, wer das eine oder andere

Feld beherrscht. Die Wirklichkeit verändert sich so schnell, daß jemand, der heute eine marktbeherrschende Stellung hat, morgen durch eine neue Technologie vom Markt verschwunden sein kann.“

## Die Cisneros-Gruppe

---

Sitz in New York, Miami, Caracas und Madrid

Umsatz: 3,6 Milliarden US-Dollar

Ihr Eigentum wird von der venezolanischen Familie Cisneros kontrolliert

Folgende Gesellschaften gehören zur Gruppe:

Venevisión, die größte Fernsehgesellschaft Venezuelas und Venevisión International, einer der größten weltweiten

Vertreiber spanischsprachiger Programme

Galaxy Latin America, eine multinationale Allianz, die seit 1996 rund 230 Kanäle direkt in 26 Ländern der Region anbietet

Chilevisión, die chilenische Fernsehgesellschaft

Univisión, erreicht 92 Prozent der spanischsprechenden Haushalte in den USA

Imagen Satelital, Vertrieb von Fernsehprogrammen per Kabel in Argentinien

DirectTV de Argentina, gemeinsam mit *Clarín*, Hughes Electronics Inc. und der brasilianischen Grupo Abril, Satellitenfernsehen

RCL Communications, Unternehmen für globale Kommunikationsdienste

Telcel, die größte Firma für Handy-Telephone in Venezuela, in Zusammenarbeit mit Bell South

Broadboard Telecommunications System, ein System für kabellose Telefonverbindungen, das Cisneros zusammen mit Hughes Electronics in Lateinamerika einführen wird

Im Lebensmittel- und Getränkektor: Verbindungen mit Marken wie Coca-Cola, Burger King und Pizza Hut

---

Quelle: *La Nación*, 12. Oktober 1997

Dabei gehört Cisneros zu den Lateinamerikanern, die das Magazin *Vanity Fair* unter die 65 mächtigsten Männer der Welt einreicht und als einen Mann beschreibt, der sich „zum Rupert Murdoch des kommenden Jahrhunderts in der spanischsprachigen Welt“ entwickeln könnte. Auf der gleichen Liste finden sich mit Roberto Marinho, dem das wichtigste brasilianische Medienkonglomerat, Globo Organizations, gehört (*Vanity Fair*: „... der mächtigste Mann Brasiliens“) und dem Kolumbianer Julio Mario Santo Domingo, Präsident der gleichnamigen Gruppe, gleich zwei weitere Figuren mit weitgespannten Interessen im Mediensektor, die längst über rein nationale oder regionale Bedeutung hinausgehen. Bedeutungsvoll ist vor allen Dingen die zunehmende Verflechtung von Medieninteressen mit anderen Aktivitäten der Firmen, ein weltweites Phänomen und Anlaß zur Besorgnis: In den USA ist es bereits so weit, daß alle großen nationalen Networks zu Industriekonglomeraten gehören, deren Unternehmenspolitik und -interessen die Nachrichtengebung nicht unwesentlich beeinträchtigt: So kann es denn passieren, daß sich ein

Sender bei der chinesischen Regierung entschuldigt, weil ein Sportreporter während des Einmarsches der chinesischen Delegation bei den Olympischen Spielen in Atlanta kritische Töne zur Menschenrechtslage in der Volksrepublik anschlug. Da ist es dann auch nicht verwunderlich, wenn zudem große Firmen vor der Schaltung einer Werbeanzeige die Vorlage des Volltextes eines Magazins verlangen, um zu prüfen, ob auch alle Inhalte konform zu den Unternehmensinteressen sind. Große Supermärkte verfahren ebenso, bevor sie Zeitschriften in ihr Verkaufsangebot aufnehmen: Es könnte schließlich sein, daß Kunden oder die mächtigen Interessengruppen daran Anstoß nehmen, wie bestimmte Themen in den Heften behandelt werden, und dann die Verkäufer dafür verantwortlich machen. Die Boykott-Keule ist in den USA bekanntlich allgegenwärtig.

Die Dynamik der Medien- und Telekommunikationsmärkte, die immer mehr verschmelzen, ist auch in Lateinamerika gewaltig und steht vermutlich erst ganz am Anfang. Auch hier mag Argentinien als Beispiel dienen: Nach Angaben der Cámara de Informática y Comunicaciones de la República Argentina (Cicomra) betrug allein die Investitionen in Basistelefondienste des Landes in den zurückliegenden sieben Jahren über zehn Milliarden US-Dollar. Der Umsatz der Telekommunikationsindustrie des Landes beläuft sich 1997 auf rund 11,5 Milliarden Dollar. Ein-einhalb Millionen Argentinier nutzen inzwischen Mobiltelefone, über fünf Millionen Haushalte des Landes verfügen über einen Kabelanschluß. Die Werbeaufwendungen belaufen sich in Argentinien mittlerweile auf rund 3,5 Milliarden Dollar jährlich, wovon der Löwenanteil, 40,7 Prozent, ins Fernsehen und weitere 26 Prozent in Zeitungs- und Zeitschriftenwerbung fließt. „Bezogen auf den prozentualen Anteil der Werbeausgaben am Bruttoinlandsprodukt“, so Daniel Salamanca in den *Media-Perspektiven* 12/1996, „nehmen eine Reihe lateinamerikanischer Staaten, welt-weit gesehen, eine führende Position ein [...] Angeführt wird die Rangliste von Kolumbien mit Werbeausgaben in Höhe von 2,36 Prozent des BIP, an zweiter Stelle kommt Peru mit 1,59 Prozent. Auch Ecuador, Mexiko, Venezuela, Argentinien, Uruguay und Brasilien weisen mit 1,35 bis 0,98 Prozent noch einen relativ hohen Anteil der Werbeausgaben am BIP auf, der – wenn auch von niedrigerer Basis aus – in der Größenordnung der Werbeausgaben-anteile der USA (1,24 Prozent) und von Deutschland (1,00 Prozent) liegt.“ Vor allem die Synergieeffekte eines ‘Multimediums’, das Hörfunk, offene Fernsehkanäle, Kabelkanäle und Presseerzeugnisse mit Telekommunikationsdienstleistungen, mit Software- und Hardwareangeboten verbindet, sind dabei attraktiv und treiben die Preise, beflügeln die Expansion. So werden dann auch schon einmal eigentlich unscheinbare Provinzzeitungen mit schwächlichen Renditen zum Doppelten des Marktwertes gekauft. So wundert es nicht, daß sich auf einer Liste der Wirtschaftszeitung *Ambito Financiero* vom 23. Dezember 1997 unter den 40 größten Unternehmensübernahmen in Argentinien zwölf auf die Medien- und Telekommunikationsindustrie beziehen, darunter die beiden bedeutendsten mit einem Volumen von jeweils weit über 750 Millionen US-Dollar.

### **Kampf der Giganten in Argentinien**

Auf dem argentinischen Markt stehen sich dabei zwei mächtige Imperien gegenüber, Grupo Clarín der Familien Noble und Magnetto sowie Citicorp Equity Investment (CEI). Und der argentinische Markt ist, so der New Yorker Medien-Consultant Robert Muller laut *Wall Street Journal Americas* vom 20. Oktober 1997, das Modell, dem andere Länder folgen werden. Muller: „Hier entwickelt sich kein nationaler, sondern ein panamerikanischer ‘Krieg’.“

*Clarín* verfügt dabei mit der gleichnamigen Zeitung, mit einer Auflage von bis zu einer Million Exemplaren an Sonntagen dem größten spanischsprachigen Blatt der Welt, der Sportzeitung *Olé* und inzwischen mehreren wichtigen Blättern im Landesinnern (u.a. *La Voz del Interior* in Córdoba und *Los Andes* in Mendoza) über eine solide Pressebasis. Der Fernsehkanal 13 und *Radio Mitre* gehören zu den reichweitenstärksten im Gesamtangebot, mit *Todo Noticias* und *Volver* hat man zusätzliche Standbeine im Kabelangebot. Mit *Clarín Digital* erschließt sich die Gruppe den Online-Markt und mit einer Beteiligung am Kabelfernsehbetreiber Multicanal (hier sogar in Partnerschaft mit Firmen, denen man sonst als Konkurrent begegnet) ist man ebenfalls Marktführer. Internationale Allianzen mit AT&T und GTE beim Mobilfunk und der bereits geschilderten Cisneros-Gruppe,

mit Hughes Electronics Inc. (einem Unternehmen von General Motors) und der brasilianischen Gruppe Abril beim Satelliten-TV-Anbieter Galaxy runden die Marktpräsenz ebenso ab wie eine Beteiligung an Papel Prensa, dem einzigen argentinischen Produzenten von Zeitungspapier. Beim direktabstrahlenden Satellitenfernsehen drängt die Gruppe mit DirectTV auf den Markt, wiederum in Partnerschaft mit anderen Galaxy-Eignern.

Der Gegenspieler von *Clarín*, CEI, zu 40 Prozent im Besitz der Citicorp, hat eigentlich erst 1997 begonnen, seine Medienpräsenz auf- und auszubauen, diese aber innerhalb weniger Wochen mit kurz aufeinanderfolgenden Investitionen von rund 1,5 Milliarden Dollar, jeweils in Verbindung mit der spanischen TISA (Telefónica Internacional SA) und dem nordamerikanischen Telekommunikationsunternehmen TCI (Telecommunications International Inc.). Von der einträglichen Basis des größten Festnetz-Telefonanbieters des Landes aus kaufte man für 762 Millionen Dollar (laut *Ambito Financiero* vom 23. 12. 1997) eine Mehrheitsbeteiligung am Kabelanbieter Cablevisión, der über 530.000 Abonnenten verfügt. Gleichzeitig wurde ein großes Aktienpaket der Fernsehproduzenten Torneos y Competencias S.A. für 35 Millionen US-Dollar übernommen, der vor allem den populären argentinischen Profifußball überträgt. Im Oktober wurde dann die Mehrheit von Editorial Atlántida SA übernommen, zu der der meistgesehene Fernsehkanal 11, *Telefe*, des Landes, der zweitwichtigste Hörfunksender, *Radio Continental*, und so vielgelesene Zeitschriften wie *Gente*, das Sportblatt *El Gráfico*, die Frauenzeitschrift *Para Ti*, der Wirtschaftstitel *Negocios*, die Fernsehzeitschrift *Teleclíc* und das Kinderblatt *Billiken* gehören. Die Verbindungen mit australischen Investoren, Prime Television Ltd., die gemeinsam mit Torneos y Competencias und TISA dabei sind, für 150 Millionen US-Dollar den Fernsehkanal *Telearte/Canal 9* von Alejandro Romy zu übernehmen, sind eng und man vermutet, daß über Konzepte einer Verbindung zwischen *Canal 9* und *Canal 11* intensiv nachgedacht wird. Der CEI-Partner TCI ist parallel dabei, mit Microsoft und Intel über die Produktion von zehn Millionen sogenannten Netz-Computern zu verhandeln, ein Geschäft über rund drei Milliarden Dollar. Über diese PCs soll dann die nächste Generation des Kabelfernsehens zu sehen sein, soll eine superschnelle Verbindung zum Internet erfolgen und sollen neue Funktionen für ein 'Programm à la carte' (*Wall Street Journal Americas*) zur Verfügung stehen. Mit einer solchen Interessenvernetzung von Firmen unterschiedlicher Herkunft und ihrer Verbindung zum Fernsehmarkt bieten sich für die Hard- und Softwareproduzenten aus dem Computerbereich neue Wachstumsdimensionen. Der Begriff 'Globalisierung' braucht da gar nicht mehr eigens erwähnt zu werden.

Die Akquisitionen von *Clarín* und CEI gehen unterdessen in unvermindertem Tempo weiter; ein dritter Mitspieler, der Grupo Uno S.A. der Familie Vila mit Beteiligungen an verschiedenen Regionalzeitungen, Kabelkanälen, der kürzlich übernommenen Tageszeitung *La Capital* in Rosario, Radiostationen und dem Satellitenfernsehen nimmt sich mit einem Gesamtumsatz von rund 240 Millionen Dollar jährlich (Quelle: *Noticias*, 27. 9. 1997) wie ein Zwerg aus, allerdings wie ein kräftiger: Gemeinsam mit nordamerikanischem und argentinischem Kapital kontrolliert man zudem das einzige bereits zugelassene System für direktabstrahlendes Satellitenfernsehen, TDH S.A. Dieses Konsortium kämpft darum, den Mitbewerbern wie DirectTV keine Ausstrahlungsgenehmigung für Argentinien zu gewähren, da deren Programme von ausländischen Satelliten aus abgestrahlt würden. Ein Vertrag mit den USA über 'reziproken Zugang' bringe für Argentinien keinen Gewinn, da dem einzigen argentinischen Satelliten, Nahuel-Sat, derzeit 23 nordamerikanische gegenüberstünden. Gleichzeitig aber und in Verbindung mit der Unternehmensgruppe des verstorbenen Führers der Exil-Kubaner, Más Canosa, betreibt man die Holding 'Superkanal', an der indirekt über 'Multicanal' wiederum auch *Clarín* beteiligt ist. Interessenverflechtungen und gegenseitige Absicherungen vertragen sich offenbar durchaus mit Konkurrenz in anderen Bereichen.

Kleineren Zeitungshäusern bleibt da oft nur übrig, schnellstmöglich in die Arme eines 'Großen' zu flüchten, um noch Kasse zu machen und vor allem nicht zerrieben zu werden – mit allen Konsequenzen für den Meinungs- und Informationspluralismus. Im Moment, so das *Wall Street Journal Americas*, besteht in Argentinien eine Patt-Situation zwischen den Giganten: „Während CEI stärker im Telefongeschäft ist, verfügt *Clarín* über ein hervorragendes Marketing und eine politische Stimme“. Gerade letzterer Hinweis gibt besonders zu denken, vor allem, wenn man an die Tradition der politischen Instrumentalisierung der Medien in vielen Ländern

Lateinamerikas denkt und sich erinnert, welche zentrale Rolle sie auch noch in jüngster Zeit bei Wahlentscheidungen bis auf Präsidentenebene gespielt haben und weiter spielen. Man wird daher neben der Marktentwicklung auch die Entwicklung der medienpolitischen Debatte und des Medienrechts nicht nur in Argentinien genau im Auge behalten müssen.

Das Manuskript wurde am 22. Dezember 1997 abgeschlossen.

-----  
*Frank Priess* betreut von Buenos Aires aus das kontinentale Journalistenförderungsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung für Lateinamerika